



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Grundlegender Wandel in unseren Innenstädten nötig

Zukunft Innenstadt Geschäftsaufgaben, Leerstände, Funktionsverluste: Deutsche Innenstädte benötigen Unterstützung, um sie vor dem drohenden Niedergang zu bewahren. Doch Geld allein wird nicht reichen. Gefragt ist ein komplettes Umdenken.

www.deutscher-verband.org

Es ist beeindruckend, wie handlungsfähig Politik in der Corona-Pandemie war und wie kurzfristig Entscheidungen für Soforthilfen an Unternehmen in Milliardenhöhe getroffen wurden. Trotz dieser schnellen, direkten Unterstützung werden unsere Innenstädte in den nächsten Jahren gesonderte Mittel brauchen, um einen drohenden Niedergang durch Geschäftsaufgaben, Leerstände und Funktionsverluste zu verhindern. Doch Geld allein wird nicht reichen, um den beschleunigten Strukturwandel zu bewältigen. Schon heute fließen Milliarden nicht ab, weil sie vor Ort nicht eingesetzt werden. Wenn wir den Handel und unsere Innenstädte fit für die Zukunft machen wollen, brauchen wir einen grundlegenden Wandel im Denken, in den Konzepten und im Handeln. Dafür müssen alle Innenstadtplayer ihr allzu häufiges „Einzelhandeln“ zu einem „Gemeinsamhandeln“ umstellen. Auch Stadtentwicklung kann sich nur durch das Einbeziehen vieler Wegbegleiter jenseits von Verwaltung und Kommunalpolitik nach vorne bewegen. Wir brauchen dazu eine intensiviertere Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen, mit kreativen Stadtmachern und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

HINTER JEDEM SCHAUFENSTER VERBIRGT SICH EIN GANZES QUARTIER Für die Innenstädte und den Handel ist zudem eines fundamental: Hinter jedem Schaufenster befindet sich nicht nur der Laden, sondern auch ein ganzes Quartier. Die Innenstadt darf nicht mehr als monofunktionale City gesehen werden, die bestimmt ist von hohen Einzelhandelsmieten, sondern als lebendiges, multifunktionales Quartier, das die Vielfalt menschlicher Bedürfnisse abbildet.

Eine zentrale Stellschraube ist auch die richtige Antwort auf die Digitalisierung. Hier muss gerade den kleinen und mittleren Betrieben Mut gemacht und Angst genommen werden. Stationär- und Internethandel sind zwei Seiten ein und derselben Medaille und dürfen sich nicht gegeneinander abschotten. Darüber hinaus müssen wir uns damit auseinandersetzen, was mehr Home Working für unsere Städte bedeutet. Längerfristig wird dies zwar nur für einen Teil der Menschen eine dauerhafte Arbeitsperspektive sein. Zum einen weil Fließbandarbeiter, Handwerker, Ärzte und Krankenschwestern zwar vom Homeoffice träumen mögen, es aber real nie tun können. Zum anderen wird soziale Distanz nicht das neue Ideal menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens werden. Deshalb wird es Mischformen geben, und wir werden auch neu darüber nachdenken müssen, wie Coworking in unseren Städten aussehen kann.

Und nicht nur angesichts von Klimawandel und schlechter Umweltqualität brauchen wir schließlich ausreichend qualitätsvolles Grün, die Reintegration von Wasser gegen Trockenheit und Hitze sowie nachhaltige und bedarfsgerechte Mobilitätsangebote und Verkehrsinfrastrukturen. Der Modal Split muss dafür dringend grüner werden und weg von der noch immer allgegenwärtigen Autodominanz kommen.

Um all diese Zukunftsaufgaben zu bewältigen, brauchen wir handlungsfähige Kommunen mit klugen Konzepten, einem fruchtbaren Miteinander und entsprechenden Investitionskapazitäten. Hierfür hat sich in ihrer fast 50-jährigen Historie die Städtebauförderung mehr als bewährt. Die Förderung braucht dafür keinen strengen goldenen Zügel durch Bund und Länder. Vielmehr brauchen wir Freiheit für lokal passgenaue und kreative Ansätze. Mit dieser Kernbotschaft, dass Probleme vor allen Dingen vor Ort gelöst werden müssen, wird Deutschland in seiner EU-Ratspräsidentschaft mit den anderen EU-Mitgliedstaaten Ende November die erneuerte Leipzig Charta verabschieden. «



Um alle Zukunftsaufgaben zu lösen, brauchen wir handlungsfähige Kommunen mit klugen Konzepten, meint Michael Groschek.

Michael Groschek, Präsident des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.